

LEHRERBLATT : “Die deutsche Bevölkerung”

Travail à partir de l'émission « Deutschland mit offenen Karten » du 16/03/2013 :

<https://www.youtube.com/watch?v=FTAxAi-YTI4>

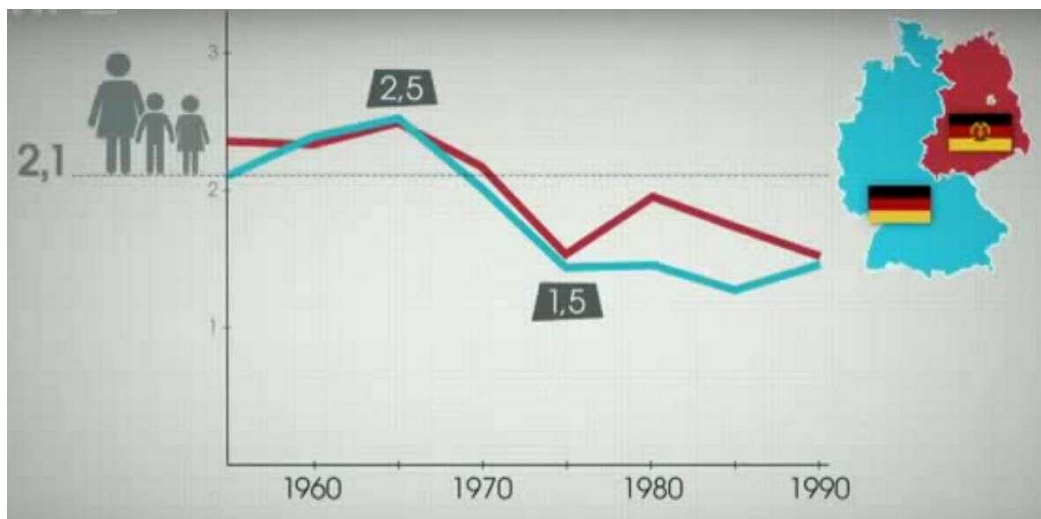
A noter toutes émissions sont classées et disponibles en allemand sous le lien suivant :

<https://www.entorb.net/mok/index.pl>

Première Phase : Visionnage de la première partie de l'émission par les élèves qui complètent la fiche d'activité suivante (jusqu'à 7min)

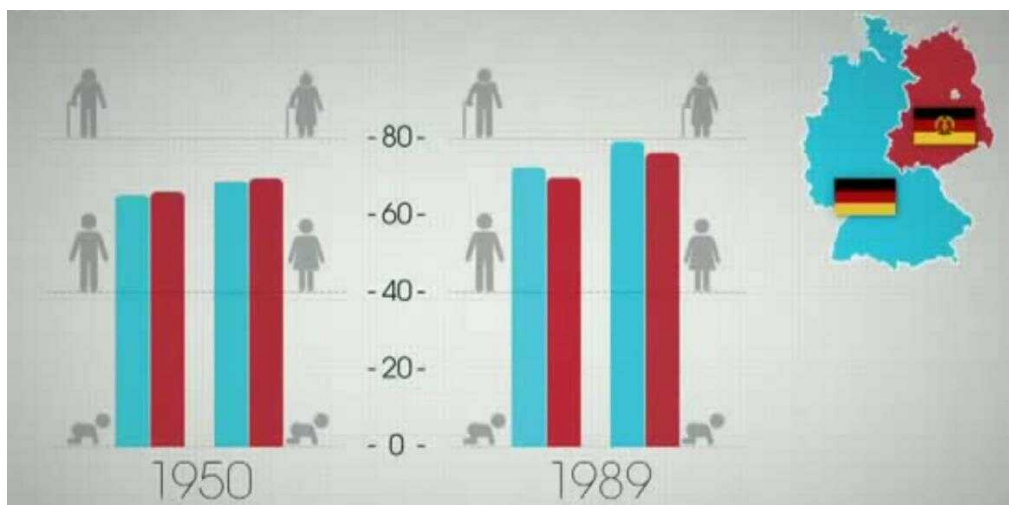
1. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung von 1949 bis 1990 (von der Trennung bis zur Wiedervereinigung)

M.1 Die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer (1949-1990)



- Beschreiben Sie die Entwicklung der Geburtenziffer von 1949 bis 1990.
- Erklären Sie diese Entwicklung im Osten und im Westen.

M2. Die Lebenserwartung

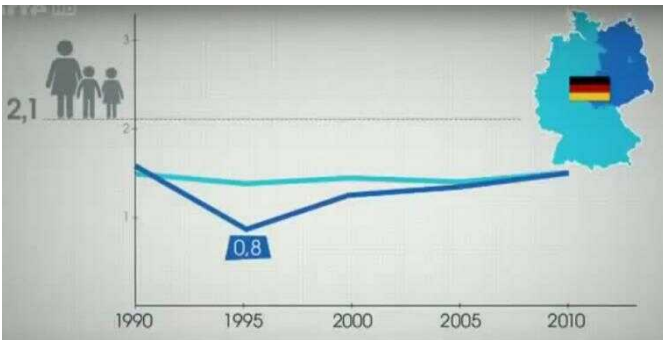


- Vergleichen Sie die Lebenserwartung im Osten und im Westen. Vergleichen Sie die Lebenserwartung im Jahre 1950 und 1989.

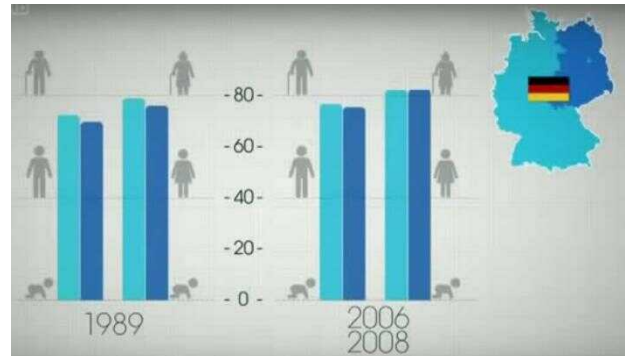
➤ Erklären Sie die Unterschiede.

2. Die Entwicklung der Bevölkerung seit 1990

M3 Die Entwicklung der zusammengefassten
Geburtenziffer seit 1990

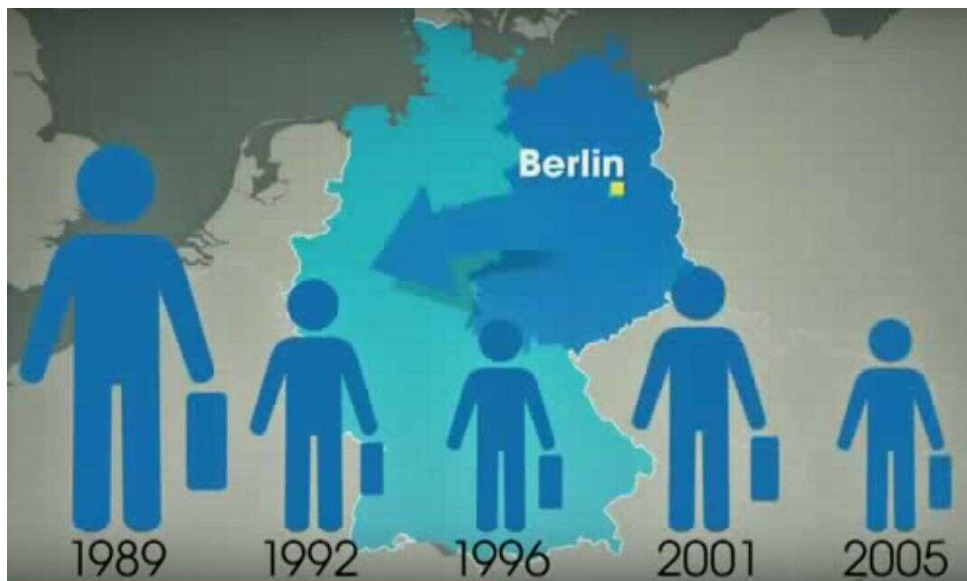


M4 Die Lebenserwartung seit 1990



➤ Wie haben sich die Geburtenziffer und die Lebenserwartung seit 1990 entwickelt? Warum?

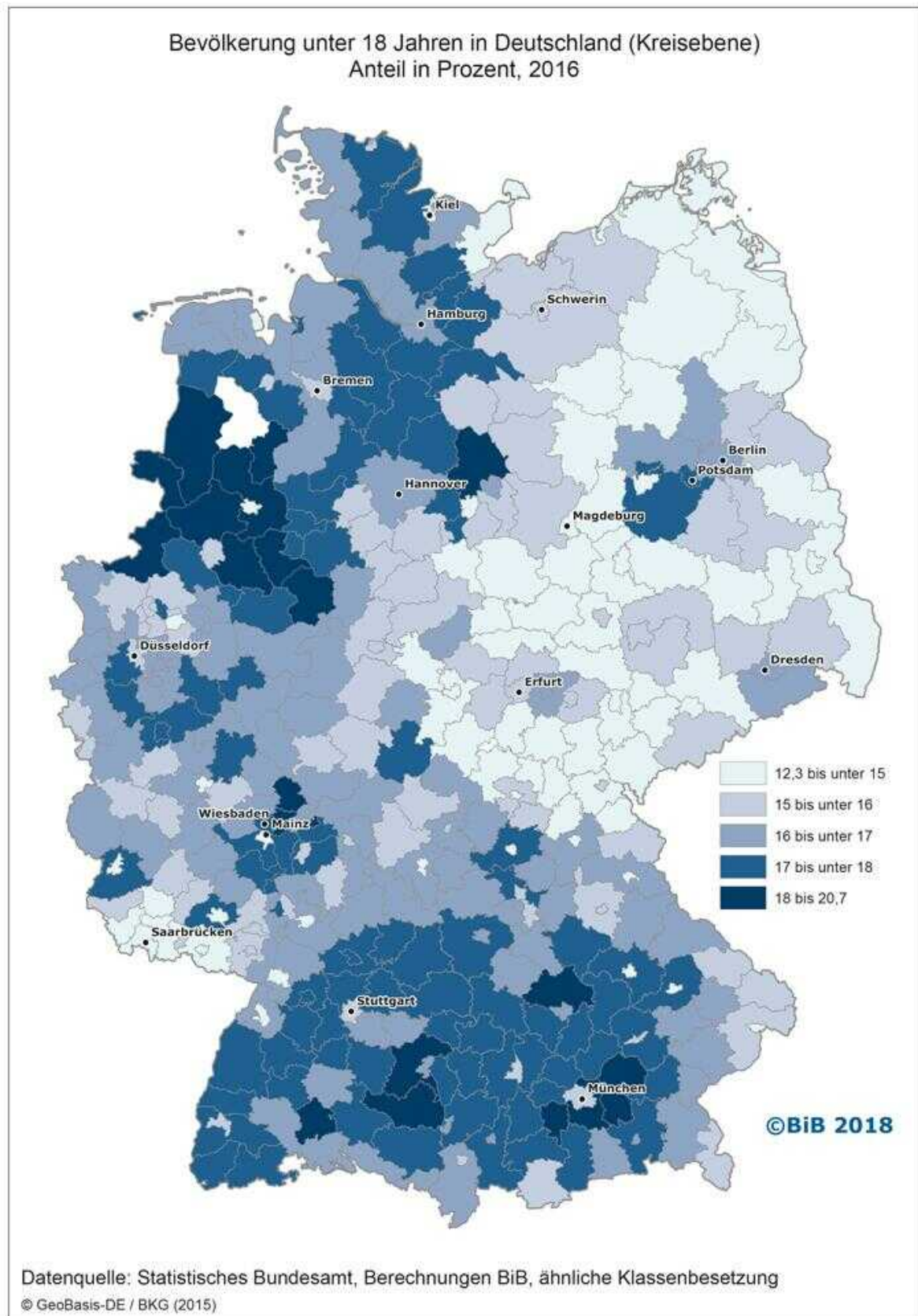
M4 die Abwanderungen



➤ Erklären Sie die innerdeutsche Abwanderungen ? (Beantworten Sie dafür die üblichen Fragen :
Wer? Warum? Woher? Wohin?)

DEUXIEME PARTIE: les élèves doivent réaliser un diaporama sonore où il commentent la carte suivante sous la forme d'un exercice de baccalauréat

AUFGABE : Erklären Sie mithilfe Ihrer Kenntnisse und dieser Materialien die Verteilung der deutschen Bevölkerung



VOKABELHILFE :

schrumpfen: *baisser*

die Lebensweise: *l'habitude, le mode de vie*

die Geburtenziffer: *le taux de natalité*

der Wert (-e) : *la valeur*

die Bildung: *l'éducation, la formation*

die Zuwanderung: *l'immigration*

die Maßnahme (-n): *la mesure*

der Mutterschaftsurlaub: *le congé de maternité*

die Lebenserwartung: *l'espérance de vie*

durchschnittlich: *en moyenne*

das Gesundheitswesen: *le système de santé*

die Einschränkung: *la restriction*

fördern: *aider, soutenir*

das Bestandserhaltungsniveau: *le seuil de renouvellement de la population*

die Abwehr : *la défense*

die Verdichtungsräume : *les espaces densément peuplés*

- I. Die Entwicklung der deutschen Bev
- II. Die deutsche Bevölkerung

Script

Ihnen ist bestimmt nicht entgangen dass im Jahr 2005 das erste In Berlin stattgefunden hatte, denn die Entwicklung der Bevölkerung ist hervorragende Bedeutung. In Deutschland werden nicht genügend Kinder geboren und die Bevölkerung schrumpft.

Wir werden untersuchen wie es dazu kommen konnte ?

A. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung

3. Die Entwicklung der Bevölkerung von 1949 bis 1990 (von der Trennung bis zur Wiedervereinigung)

1949 wurden in Deutschland 2 Staaten gegründet : die BRD im Westen und die DDR im Osten. In den beiden Staaten herrschte 2 politische, wirtschaftliche und politische Systeme. In der BRD der Kapitalismus und in der DDR der Kommunismus. Das wirkte sich natürlich auf die Wirtschaft, die Lebensweise aber auch auf die Entwicklung der Bevölkerung. Un zwar wieder zur Wiedervereinigung im Jahr 1990. Sehen wir wie sich die Geburtenziffer sich entwickelt hat d.h. die Zahl der Kinder, die eine Frau durchschnittlich zur Welt bringt. Ab ein Wert von 2.1 wird der Bevölkerungsstand erhalten d.h. die Kinder ersetzen jeweils die Eltern

Vergleichen wir also die Geburtenziffer in beiden Staaten zwischen 1949 und 1990 :

Von mitte der 50er Jahren bis in die 70er Jahren wiesen beide Deutschen Staaten ähnliche Werte auf. Am höchsten waren sie 1964-65 dann gehen sie bis zum Beginn der 70er Jahren statt zurück.

Die Verbreitung der anti-Baby Pille, ein höherer Bildungsstand und die Emanzipation der Frauen waren einige der Gründe dafür.

Dann ging die Entwicklung unterschiedlich weiter.

In der BRD ging der Wert weiter zurück, da seltener und später Ehen geschlossen und Kinder gezeugt wurden. Aber da Zuwanderungszahl die Bevölkerung trotzdem wuchs, verzichtete die Regierung auf Geburtenfördernde Massnahmen.

In der DDR wiederum wurden Kinder-und Familien freundlichen Massnahmen ergriffen. Familien mit Kinder bekamen bevorzugt Wohnungen zugesprochen und beim zweiten Kind hatten die Frauen Anspruch auf ein Jahr Mutterschaftsurlaub. Daraufhin stieg die Wert im Osten bis auf 1,9 Kinder pro Frau im Jahr 1980.

Nun zur Lebenserwartung :

Anfang der 1950er Jahren war diese in beiden deutschen Staaten gleich. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen.

Aber 1989 leben Frauen und Männer in der BRD durchschnittlich 2,5 Jahre länger als in der DDR.

Das war unter anderem auf die Mangel an Gesundheitswesen und auf die schlechteren Lebensbedingungen in der DDR zurückzuführen.

Dazu kam natürlich noch eine weitere bedeutende Unterschied. Die Einschränkung der individuellen Freiheitsrechten durch das SED-Regim führte dazu dass viele Menschen die DDR verliesen.

Allein 1950 im Jahr nach der Gründung der DDR siedelten fast 300 000 Menschen in die BRD über. 1960 war es noch 250 000 Personen.

Dieser Bevölkerungstrom wurde ab 1961 durch den Bau der Mauer und die Verstärkung der Überwachung der Innerdeutsegrenze gestoppt und begann erst wieder nach dem Fall der Mauer 1989.

Zuverliesse zwischen 1950 und 1989 von ursprünglich 18 Mio Einwohner insgesamt mehr als 4 Mio Menschen die DDR . So weits die beiden Bevölkerungsentwicklung in beiden deutschen Staaten.

4. Die Entwicklung der Bevölkerung seit 1990

Nach dem Fall der Mauer und der Öffnung des Eisernen Vorhangs kam es zur Wiedervereinigung im Oktober 1990. Nun galt es zwei in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht unterschiedliche Systeme zusammen zu führen und die Wiedervereinigung hatte tatsächlich einen Einfluss auf die Geburtenziffer.

Zunächst einmal war in den neuen Bundesländer ein starker Rückgang festzustellen bis auf 0.8 im Jahr 1995. Mangel des Vertrauens in der Zukunft, politische und wirtschaftliche Unsicherheit sowie der Wegfall von Fördermassnahmen und Betreuungsmöglichkeiten waren einige der Gründe. Anschliesslich näherte sich der Wert in den neuen Ländern die im festen Land.

2010 betragen beide Teile des Landes 1.4. Er lag immer noch weit hinter der sogenannte Bestandserhaltungsniveau von 2.1 Kindern pro Frau.

Auch bei der Lebenserwartung begannen sich die Werte einander anzunähern. Nach der Wiedervereinigung verbesserten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung im Osten : Erhöhung der Kaufkraft, bessere medizinische Versorgung und Übernahme der westdeutschen Sozialversicherung. Durch die Wiedervereinigung fielen manche Unterschiede weg, andere bekamen hinzu.

Zunächst einmal konnten die Leute aus Ostdeutschland nun unbehindert nach Westen übersiedeln, wo die Lebensbedingungen als besser empfunden worden. So siedelte 1989, im Jahr des Mauerfalls, 400 000 Menschen in den Westen über. Die Zahl ging anschliessen wieder zurück, blieb aber weiterhin hoch und stieg aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern nach der Jahrhundertswende erneuert an. Zwischen 1989 und 2005 betrug die Netto Abwanderung in den neuen Bundesländern 10% der dortigen Bevölkerung. Das waren mehr als 1.5 Mio Menschen. Diese Ost-West Wanderung aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt vor allem in die wohlhabende Bundesländer mit hohem Anteil an Städtischer Bevölkerung, die Bayern und Baden-Württemberg. Die in den Westen übersiedelten Menschen sind überwiegend jung, 81% sind zwischen 18 und 30 Jahre alt, gut ausgebildet und auf der Suche nach Arbeit und es sind vor allem Frauen. Alle möchten die Freizügigkeit nutzen die es vor nahe 1989 nicht gab.

Hier sieht man den Anteil von Frauen zwischen 18 und 29 Jahr. In der hell eingefarbenen Kreisen ist er besonders niedrig und diese liegen vor allem im Osten. Zudem führt dieser Abwanderung junger Erwerbspersonen aus den neuen Bundesländern doch wiederum zu einer Alterung der Bevölkerung. So blieb zwischen 1989 und 2008 der Anteil der unter-20 Jährigen in den alten BRD unverändert bei 20% . In den neuen Bundesländern sank von 26% auf 16%.

Auf diesen drei Karten von 1991, 2000 und 2010 sieht man, wie sich der Anteil der unter-20 Jährigen entwickelt hat. Er ging insgesamt ab. Insbesondere aber im Osten.

Die Alterung der Bevölkerung sowie die Abwanderung junger Menschen, also potentielle Eltern bedroht die Bevölkerungszahl in Ostdeutschlands, wo die Bevölkerung immer weiter schrumpft.

In der DDR lebten 1950 19 Mio Menschen. In den neuen Bundesländern ohne Westberlin war es 2010 nur noch 14.9 Mio. Die Alterung und der Rückgang betrifft aber nicht nur das Gebiet der ehemaligen DDR sondern ganz Deutschland und die künftige Entwicklung der Bevölkerung gibt durch anders zur Besorgnis. Hier sehen wie die Einwohnerzahl Deutschlands. Dieser Zahl ab 2002 sinkt. So gehen sie zu Beispiel von 2003 bis 2004 30 000 Menschen zurück und die Prognosen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung machen deutlich, dass die Einwohnerzahl immer weiter zurückgehen wird.

Das war die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2010 (82 Mio). Der europäische Statistik Behörde EUROSTAT zufolge könnte sie bis 2030 um 5% bis 2050 um 13% und bis 2060 um 19% sinken. Das beruht vor allem auf die niedrige Geburtenziffer in Deutschland. Der Wert zur Zeit bei 1.4 Kinder pro Frau und ist damit einer der geringste der gesamten EU. Noch niedriger ist er nur in Lettland. Am höchsten ist er in Irland. Das in Deutschland so wenig Kinder zur Welt kommen hat mehrere Gründe :

Ausser der lange Ausbildungszeit und einer zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen ist vor allem eine nicht zureichende Familienpolitik dafür verantwortlich. In Deutschland ist es für Frauen immer noch

schwierig Familien und Beruf miteinander zu vereinbaren und in manchen konservativen Bundesländern haben berufstätige Mütter immer noch einen schweren Stand. So führen die niedrigen Geburtenziffern zu einer Alterung der Gesellschaft aus Mangel an jungen Menschen.

Die Alterspyramide macht die Folgen der Alterung deutlich. Ab mitte der sechziger Jahre wurde in Folge des Pillen-Knicks der Sockel der Pyramide schmaler und so ersetzt seit 30 Jahren jede Generation noch 2 Dritell der vorgehenden Generation.

Sehen wir die Situation von 2013 an. Die Baby-Boomer sind heute zwischen 73 und 63 Jahre alt und nähern sich den Rentenalter. Ausserdem trägt der Anstieg der Lebenserwartung zur Alterung bei. So steigt die Lebenserwartung in Deutschland alle 3 bis 4 Jahre um 1 Jahr.

Diese beiden Faktoren der Alterung führen dazu, das junge Menschen in der Gesellschaft über den Eltern ein immer geringere Stelle haben.

2008 machten die über 80-Jährige 5% der gesamten Bevölkerung aus. Dieser Anteil dürfte sich bis 2060 verdreifachen und dann 14% der gesamten Bevölkerung ausmachen. Nur beruht das Rentensystem in Deutschland auf dem Umlageverfahren bei dem die Erwerbstätigen mit ihren Rentenbeiträgen die Versorgung der Renter gewerbleisten und durch den zunehmende Zahl der Renter wird die Finanzierung der Altersbezüge immer schwieriger werden.

B. Die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland

Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 jeweils mehr Menschen aus Deutschland abwanderten als im selben Zeitraum zuwanderten, wurde vor allem über die Abwanderung von Fachkräften und die mangelnde Attraktivität Deutschlands für hochqualifizierte Migranten diskutiert. Im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich dieses Bild jedoch gewandelt.

Einleitung

Deutschland ist im internationalen Vergleich bisher gut durch die Wirtschaftskrise gekommen. Die Beschäftigung wächst und die Arbeitslosigkeit liegt im europäischen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. In einigen Regionen und Branchen fehlen sogar Fachkräfte.

Die Länder Süd- und Ostmitteleuropas leiden hingegen stärker und anhaltender unter der Rezession. Von hoher Arbeitslosigkeit und drastischen Sparprogrammen sind vor allem Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt betroffen, darunter viele Migranten und junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in einigen dieser Länder über 30%, in Spanien und Griechenland sogar über 50%. In Deutschland liegt sie derzeit dagegen nur bei rund 8% (Eurostat).

Die Entwicklung der Zuwanderung

Seit dem Tiefpunkt 2008, als netto 66.000 Menschen abwanderten, gibt es einen steten Trend zu mehr Zuwanderung. 2010 lag der Wanderungssaldo - also die Differenz von Zu- und Abwanderung - mit rund +128.000 wieder im positiven Bereich. 2011 wurde ein Saldo von 279.000 Personen erzielt – der höchste Wert seit 1996 (vgl. Abb. 1). Endgültige Daten für 2012 liegen noch nicht vor. Schätzungen zufolge könnte der Wanderungssaldo aber bis auf 400.000 angestiegen sein. Diese Entwicklung ist vor allem auf gestiegene Zuzugszahlen zurückzuführen. Demgegenüber blieben die Abwanderungszahlen in den letzten Jahren mit jährlich zwischen 600.000 und 700.000 Fortzügen relativ konstant. Die erhöhten Fortzugszahlen von 2008 (738.000) und 2009 (734.000) sind zum großen Teil auf Bereinigungen der kommunalen Melderegister zurückzuführen.

ie Zuwandererzahlen sind seit 2006 deutlich gestiegen (siehe Abb. 2). Damals kamen rund 662.000 Menschen in die Bundesrepublik. 2011 war es fast die Hälfte mehr (960.000). 2012 könnten deutlich über 1 Million Personen zugezogen sein.

Obwohl diese Zahlen zunächst hoch erscheinen, zeigt sich im Langzeitvergleich, dass die Zuwanderung keine völlig neue Dimension erreicht hat. Anfang der 1990er Jahre fielen sowohl die Zuwanderung als auch der Migrationssaldo deutlich höher aus. 1992 wanderten mehr als 1,5 Millionen zu. Auch in den Jahren 1969-71 zogen jährlich rund 1 Million Menschen zu.

Es lässt sich keine Aussage darüber treffen, ob die Neuzuwanderer lediglich temporär oder auf Dauer in Deutschland verbleiben werden. Die Wanderungszahlen, die von den kommunalen Einwohnermeldeämtern erfasst werden, beinhalten sowohl kurzfristige als auch langfristige Zuwanderungen. Da in der EU Freizügigkeit besteht, könnte gerade die kurzfristige Zuwanderung oft unbemerkt bleiben, da eine Anmeldung bei den Behörden nicht immer erfolgt. Es ist aber davon auszugehen, dass Zuwanderer aus den EU-Staaten, die länger als ein paar Monate in Deutschland bleiben, sich früher oder später anmelden und damit als Zuzüge erfasst werden.

Herkunft der Zuwanderer

Während in den Massenmedien aktuell vor allem von Zuwanderern aus Südeuropa die Rede ist, zeigt ein Blick auf die Wanderungsstatistiken ein differenzierteres Bild. Die zahlenmäßig bedeutsamsten Herkunftsstaaten lagen in den letzten Jahren in Mittel- und Osteuropa.

Die Zuwanderung aus den 2004 (EU-8) und 2007 (EU-2) der EU beigetretenen Ländern verzeichnete in den letzten Jahren einen starken Anstieg. Seit Anfang Mai 2011 gilt – mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens[2] – volle Freizügigkeit. Davon machen viele Gebrauch (vgl. Abb. 4).

Deutliche Zuwächse gab es in den vergangenen Jahren auch bei der Zuwanderung aus den von der Finanz- und Schuldenkrise besonders stark betroffenen südeuropäischen Staaten (vgl. Abb. 5).

Dabei muss aber genau zwischen den von den Medien vielfach aufgegriffenen extrem hohen prozentualen Zuwächsen und den absoluten Zuwandererzahlen unterschieden werden. Die Zuwanderung aus Südeuropa lag in den Jahren vor der Wirtschafts- und Finanzkrise auf einem derart niedrigen Niveau, dass selbst bei einem Anstieg um 78% wie im Falle Griechenlands (1. Halbjahr 2012 gegenüber 1. Halbjahr 2011) die absoluten Zuzugszahlen bislang moderat ausfallen[3] – vor allem im Vergleich zur Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa. Auch im Langzeitvergleich wird deutlich, dass die Zuwanderung aus den südeuropäischen Ländern bisher keine neuen Dimensionen erreicht hat (vgl. Abb. 6).

Zuwanderungsindikator Deutschlernende

Ein Indikator für gestiegene Zuwanderungsabsichten nach Deutschland sind die Teilnehmerzahlen an Deutschkursen an den Goethe-Instituten in den Herkunftsländern. 2011 verzeichnete das Institut Rekordzahlen bei den Teilnehmern an Deutschkursen und Prüfungen. Die Zahl der Deutschlernenden lag 2011 bei 235.000 Personen und damit um rund 8% höher als im Vorjahr. Besonders stark nahm ihre Zahl in Südeuropa zu, mit Zuwächsen von 10% in Griechenland, 14% in Italien, 20% in Portugal und 35% in Spanien. "Diese Entwicklung wird auf ein vermehrtes Interesse an der Aufnahme einer Erwerbsarbeit in Deutschland zurückgeführt. Wer Deutsch lernt, hat bessere Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt" (Vogel 2012).

Auf die wachsende Nachfrage reagieren die Goethe-Institute mit dem Ausbau ihrer Kapazitäten und der durch das Auswärtige Amt geförderten Initiative "Mit Deutsch in den Beruf". In fachsprachlichen Kursen und Projekten sollen junge Menschen in Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland gezielt auf den Berufsalltag in Deutschland vorbereitet werden. Angeboten werden diese Fachsprachenkurse u.a. für Ärzte, Krankenpfleger, Ingenieure, Juristen und die Tourismusbranche. Mit zusätzlichen Bewerbungstrainings werden Programmteilnehmer auch praktisch auf den Karrierestart vorbereitet (Goethe-Institut 2012b).

Reaktionen in Deutschland

Die Reaktionen auf den Anstieg der Zuzugszahlen fallen je nach Zuwanderergruppe unterschiedlich aus. Im Hinblick auf die Einwanderung von geringer qualifizierten Personengruppen – wie z.B. Roma aus Ostmitteleuropa, die häufig als Asylbewerber kommen – gibt es starke Abwehrreaktionen.[4]

Die Zuwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten wird dagegen bislang überwiegend positiv betrachtet, was vor allem am Profil der Zuwanderer liegt. Diese sind allem Anschein nach junge, gut ausgebildete und hoch motivierte Personen, die sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt integrieren und dafür auch bereit sind, die Landessprache zu erlernen (Trabant 2012). Sie gehören damit zu den Zuwanderern, um die Deutschland international wirbt.

Wirtschaft: Aktive Anwerbung von Zuwanderern

Die Wirtschaft begreift die Zuwanderung aus Südeuropa als Chance im globalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Die Zuwanderung Hochqualifizierter fördere das Wirtschaftswachstum und wirke dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials entgegen, der sich aufgrund des demographischen Wandels vollziehe (vgl. dazu auch Parusel/Schneider 2010). Headhunter werben im Ausland gezielt Personal in Engpassbereichen an, wie z.B. Ärzte für Krankenhäuser in ländlichen Gebieten, die Probleme haben, ihre Stellen zu besetzen (Student 2012). Einige Handelskammern bieten Informationsveranstaltungen für Unternehmen zum Thema "Fachkräfterekrutierung auf dem EU-Binnenmarkt" an. Die Auslandshandelskammern unterstützen Firmen bei der Anwerbung von Fachkräften im Ausland (Financial Times Deutschland 2012; Preuss 2012).

Im Juli 2012 fand in Stuttgart im Beisein von der damaligen Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) und ihrem spanischen Amtskollegen José Ignacio Wert Ortega (Partido Popular, konservativ) eine deutsch-spanische Ausbildungskonferenz statt. Dabei wurde über Möglichkeiten der Einführung des dualen Ausbildungssystems in Spanien diskutiert. Das deutsche Ausbildungsmodell, das eine schulische Ausbildung mit Praxiserfahrung in Unternehmen kombiniert, soll zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit auf der Iberischen Halbinsel beitragen. Bislang erfolgt die Ausbildung in Spanien fast ausschließlich in Schulen. Der Großteil eines Jahrgangs in Spanien studiert, viele arbeiten anschließend unterhalb ihres Qualifikationsniveaus (Financial Times Deutschland 2012). Ein Kooperationsvertrag zur Einführung des dualen Systems wurde im September 2012 vom Verband der spanischen Handelskammern und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) unterzeichnet.

Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche

Die Zuwanderer aus der EU können bei der Arbeitsplatzsuche die Unterstützung der Arbeitsverwaltungen in der Europäischen Union (EURES) in Anspruch nehmen. Europaweit gibt es 850 EURES-Berater, die ihnen bei der Suche nach offenen Stellen helfen. Darüber hinaus organisiert die im EURES-Netzwerk vertretene Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit auf Einladung anderer EU-

Staaten Veranstaltungen, die über Stellenangebote und Arbeitsbedingungen in Deutschland informieren. Vertreten sind dabei z.T. auch Arbeitgeber, die vor Ort Vorstellungsgespräche für konkrete Stellen führen. In Südeuropa wurde laut Angaben der ZAV in letzter Zeit eine "deutliche Zunahme" derartiger Veranstaltungen registriert (Vogel 2012).

Ausblick

Wie lange die Zuwanderer aus Südeuropa in Deutschland bleiben, ist unklar. Zuwanderer, die Qualifikationen mitbringen, bei denen es auf dem deutschen Arbeitsmarkt Engpässe oder einen Mangel gibt, könnten länger bleiben, z.B. Ärzte und Krankenschwestern oder in sogenannten MINT-Berufen[5] Ausgebildete. In vielen anderen Branchen, in denen der Arbeitskräftebedarf durch Bildungsinländer gedeckt werden kann, dürften die Chancen für die Arbeitsmarktintegration und damit einen längerfristigen Verbleib in Deutschland deutlich schlechter stehen. Schon vor der Wirtschaftskrise war die Nachfrage hier größer als das Angebot, was u.a. zu einer Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse geführt hat.

Es spricht einiges dafür, dass der Trend einer verstärkten Zuwanderung weiter anhalten wird. Einer Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts Kiel Economics zufolge könnten in den Jahren 2013 bis 2017 netto 2,2 Millionen Menschen einwandern. Die Zuwanderungszahlen hängen dabei aber stark davon ab, ob die asymmetrische Wirtschaftsentwicklung in der EU anhält oder sich sogar noch verschärft.

Auch die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes ist von Bedeutung. Langfristig sei laut Wirtschaftsexperten eher mit einem jährlichen Wanderungssaldo von 200.000 zu rechnen (Müller 2012). Anzumerken ist zudem, dass Migration nicht nur aus ökonomischen Erwägungen heraus erfolgt. Wäre das der Fall, so müsste angesichts der weltweit ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung der Zuwanderungsdruck auf die wohlhabenden Staaten viel höher liegen als dies aktuell der Fall ist. Bei der Betrachtung von Migrationsbewegungen müssen daher immer auch persönliche Faktoren wie beispielsweise die Netzwerke der Migranten berücksichtigt werden. Diese stellen Informations- und Unterstützungsangebote am Zielort bereit, die die ›Kosten‹ der Migration deutlich reduzieren können. Die Bildung solcher Netzwerke kann dazu beitragen, dass sich zwischen zwei (oder mehr) Ländern relativ stabile, also dauerhafte Migrationsbeziehungen entwickeln. Auch wenn es sich überwiegend um gut qualifizierte Zuwanderer handelt, so garantiert diese Tatsache allein noch keine reibungslose Integration in Deutschland. Integration erfordert Anstrengungen sowohl von Seiten der Zuwanderer als auch der Aufnahmegesellschaft. Wichtig ist, dass die Zuwanderer nicht nur als Arbeitskräfte, sondern als Menschen gesehen werden, denen durch eine entsprechende Willkommenskultur gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden sollte.

Vokabel :

Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland geworden, obwohl dies die Rechtslage der Bundesrepublik bislang nicht vorsieht. Welche legalen Zuwanderungswege nach Deutschland gibt es? Die wichtigsten Zuwanderungsgruppen sind:

EU-Bürger und ihre Familienangehörigen dürfen sich – wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist – ohne Genehmigung überall innerhalb der 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufhalten oder niederlassen.

Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten: Als „Gastarbeiter“ wurden sie von 1955 bis 1973 angeworben, weil in Deutschland zu Zeiten des „Wirtschaftswunders“ dringend Arbeitskräfte gebraucht wurden. Der Mauerbau 1961 hat den Zuzug von Arbeitskräften aus der DDR unterbunden. 1973 wurde im Zuge der Wirtschaftskrise ein Anwerbestopp verhängt. Aufgrund des Arbeitskräftemangels (z.B. in der Landwirtschaft, im Hotel- u. Gaststättengewerbe) gibt es allerdings bis heute legale Arbeitsmöglichkeiten für Bürger aus Nicht-EU-Staaten, z.B. Saisonarbeiter, Werkvertragsarbeiter, „neue Gastarbeiter“ (dringender Arbeitskräftebedarf, der nicht durch deutsche Staatsangehörige gedeckt werden kann).

Spätaussiedler sind deutsche Volkszugehörige, die in Folge des Zweiten Weltkriegs zwangsweise in Gebiete der ehemaligen Sowjetunion (z.B. Kasachstan) umgesiedelt wurden. Sie müssen ihre deutsche Abstammung und deutsche Sprachkenntnisse nachweisen.

Asylbewerber haben nach Art 16a GG als „politisch Verfolgte“ Asyl beantragt. Nach 1993 kann sich nicht auf das Asylrecht berufen, wer aus einem „sicheren Herkunftsland“ kommt oder wer über einen „sicheren Drittstaat“ – dazu gehören alle Anrainerstaaten der Bundesrepublik – einreist.

Asylsuchende, die nachweisen können, dass sie politisch verfolgt werden, erhalten nach Abschluss des Asylverfahrens als Asylberechtigte ein Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis.

Flüchtlinge sind nach der Genfer Flüchtlingskommission aus dem Jahr 1951 Personen, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Sie werden in Deutschland „geduldet“, d.h. der Staat verzichtet aus humanitären Gründen auf eine Abschiebung. Zeitlich befristet aufgenommen werden auch die Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge.

Familienangehörige: Der Ehepartner und minderjährige Kinder (bis 16 Jahre) der in Deutschland lebenden Ausländer haben ein Recht auf Nachzug.